

Die... Einzelhefte... 10 Pfg. ...

Die... Einzelhefte... 10 Pfg. ...

Verlagspreis: Zentrum 152 30-15239

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zum achtzehnten März

Märzgedanken

Von A. Stein.

Haben wir je eine Revolution gehabt?

Die Geschichte erzählt von der Märzrevolution 1848. Sie war keine eigentliche Revolution, denn sie blieb in ihren ersten Anfängen stecken. Die im feudalen Staat gebundenen Kräfte des werdenden bürgerlichen Deutschland rebellierten gegen den junkerlichen Absolutismus. Es gab viel Sturm und Drang, viel ideale Begeisterung in den jüngeren Schichten des demokratischen Bürgertums, daneben eine noch nicht zum Bewußtsein ihrer eigenen Ziele gelangte halbproletarische Bewegung, die röllig im Bann kleinbürgerlich-demokratischer Illusionen stand. Und das Ergebnis: ein elendes Kompromiß, eine fortgesetzte Preisgabe der revolutionären Ziele, ein ständiges Zurückweichen vor den Gegnern, bis die Reaktion über alle Errungenschaften der Revolution triumphierte.

Das deutsche Bürgertum hat schnell bereut, daß es sich von der Stimmung des „tollen Monats“ hatte hinreißen lassen. Es schloß seinen Pakt mit den herrschenden Gewalten, um gemeinsam an der wirtschaftlichen Prosperität, die Anfang der 50er Jahre einsetzte, teilnehmen zu können. Es ging dann bei Bismarck in die Schule und nahm seine Blut- und Eisentheorie so sehr in sich auf, daß es bald den Meister übertraf. Das Weltmachtstreben des deutschen Bürgertums, sein zügelloses imperialistischer Drang ging weit über die Ziele der Bismarckschen Außenpolitik hinaus. Die Epigonen spotteten der wenigen ehrlichen Demokraten der 48er Periode und überließen den Kampf für die Ziele der Märzrevolution der deutschen Arbeiterklasse, die neben der Vertretung ihrer sozialistisch-proletarischen Ziele auch den Kampf um die unvollendet gebliebene bürgerlich-demokratische Revolution übernehmen mußte.

Der Zusammenbruch von 1918, der als unausbleibliche Folge der bürgerlich-kapitalistischen Machtpolitik eintrat, schuf die Vorbedingungen für eine neue Revolution. Doch auch jetzt wiederholte sich das Drama von 1848. Auch die Novemberrevolution von 1918 ging über ihre ersten Anfänge nicht hinaus. Zwar wurden nun die Ziele von 1848: demokratische Republik, volle bürgerliche Freiheit usw. verwirklicht. Aber die Zeit forderte mehr. 70 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung hatten ein in seiner Mehrheit klassenbewußtes Proletariat hervorgebracht, das die Majorität des deutschen Volkes umschloß und sich die Verwirklichung der unmittelbaren Ziele der proletarischen Revolution zur Aufgabe stellte. Der Krieg und der schmachvolle Zusammenbruch des Militarismus hatten das Machtbewußtsein der proletarischen Schichten ungeheuer verstärkt. Daneben lodete auch das Vorbild des bolschewistischen Rußland, das die Schwierigkeiten der sozialistischen Revolution als gering erscheinen ließ. Doch der Krieg hatte zugleich die ökonomischen Voraussetzungen für eine siegreiche Revolution außerordentlich eingeschränkt. Er hinterließ als Erbe neben einer ruinierten Wirtschaft ein innerlich zerrissenes, geistig nicht vorbereitetes Proletariat, dessen Aktionsfähigkeit einerseits gelähmt wurde durch die geistlose Spießbürgerschaft einer Schicht „gehobener Existenzen“, andererseits in falsche Bahnen gelenkt wurde durch die Utopien rabiat gewordener Spießbürger, die mit ihrem Diktaturschrei glaubten, die Gegner überwinden zu können.

So stand die Revolution nach den ersten siegreichen Anfängen innerlich zerrissen der bürgerlichen Welt gegenüber. Sie ging zugrunde nicht allein unter dem Druck des ökonomischen Ruins und dem Zwang der äußeren Verhältnisse, sondern in großem Maße auch an ihrer inneren Unfertigkeit, die sich in gleichem Maße erstreckte auf die Massen wie auf die Führer.

Drei Stappen auf diesem Leidenswege sind charakteristisch: März 1919: Niederwerfung der Berliner Arbeiterklasse durch die kaiserlichen Roske-Garden; März 1920: Kapp-Putsch und Niederwerfung der Monarchisten durch den Generallstreik der Arbeiter; März 1921: kommunistischer Putsch in Mitteldeutschland. Drei Stappen, die mit erschütternder Eindringlichkeit zeigen, wie die deutsche Revolution zugrunde geht. Sie wurde einerseits durch den Roskegeist, der die Arbeiterklasse wehrlos ihren Feinden ausliefern, und andererseits durch den Geist Bela Kunns und Ebersteins, die in verbrecherischer Verantwortungslosigkeit eine Revolution glaubten „provokieren“ zu können. Diese Taten zeigen aber auch zugleich, daß der innerlich

unfertigen proletarischen Revolution, die nur stark ist in der Defensive, eine maßlose grausame, aber ebenso maßlos unfähige bürgerliche Konterrevolution gegenübersteht. Zwei Mächte, die ihre Kräfte nicht miteinander zu messen wagen, und die alles von der weiteren Entwicklung erwarten. Ein Gleichgewicht der Kräfte, bei dem man noch nicht weiß, nach welcher Seite sich morgen das Züngeln der Waage neigen wird. Inzwischen jedoch versinkt das arbeitende Volk in Dreck und Elend, und jeder Willensantrieb, jede über die Gegenwart hinausstrebende Idee wird erlöset im grauen Nebel des Alltags...

Es ist eine schöne Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, daß man am 18. März hinauspiert zu den Gräbern der Märzgefallenen, um den namenlosen Opfern der 48er Revolution, zu denen die unzähligen Opfer der letzten Revolutionsjahre in Berlin wie im Reich hinzugekommen sind, die Sympathie der Lebenden zu beweisen. Doch wie die Dinge heute geworden sind, möchte es mitunter scheinen, als ob die Toten es besser haben als die Lebenden...

Was ist es, was allen tiefer Fühlenden das Leben und Arbeiten so unsäglich schwer macht? Es ist nicht allein die sich steigende Not, das Elend der arbeitenden Masse, die Enttäuschung über die Reihenschläge der Bewegung, die Ausweiligkeit der inneren Krise, die nur ein Ausläufer der allgemeinen Weltkrise ist — es ist vor allen Dingen die zunehmende Verkümmung der Bewegung; die Müdigkeit und Interessellosigkeit, die breite Kreise erweist; die Ideenlosigkeit, die lediglich auf die Ergebnisse der „praktischen Kleinarbeit“ hinstellt; die skeptische Ablehnung, die jede lebendige Initiative im Keime erstickt; die staatsmännliche Ueberweisheit, die jetzt, wo die Massenbewegung abgeflaut ist, sich selbst mehr und mehr als einzigen Träger der proletarischen Bewegung betrachtet. Daneben die unvermeidlichen Begleitererscheinungen einer jeden im Abflauen befindlichen Bewegung: die Selbstzufriedenheit der Philister, die das Gewordene „immer vorausgesetzt“; das müßige Geschimpfe der wildgewordenen Snobier, die alles auf die Führer abwälzen, und die großen Erziehungsaufgaben nicht sehen, die die Massen an sich selbst zu vollbringen haben; der Eigendünkel mancher bürokratischen Schichten, die mitunter veressen, daß sie nur die Beauftragten sind und nicht die Schöpfer des Massenwillens sind. Und dahinter die große proletarische Masse, bedrückt durch die steigende Not, die alle Energien für den Kampf um die nackte Existenz aufbraucht; enttäuscht durch die Ergebnisse einer Politik, durch die die Arbeiterklasse mehr und mehr ins Hintertreffen gerät; erbittert und verzweifelt wegen der Zerrissenheit des Proletariats, die jede Aktionsfähigkeit, jede schöpferische Arbeit lähmt.

Viele proletarische Masse steht in ihrem Innern fest zum Sozialismus, nicht weil sie ihn in allen seinen Konsequenzen durchdacht, sondern weil sie keinen anderen Ausweg aus der Hölle des Kapitalismus sieht, und weil sie ihren letzten Halt verlieren würde, wenn sie diesen Glauben an den Sozialismus nicht hätte. Aber den Weg zum Sozialismus sehen viele von ihnen nicht. Sie stehen ohnmächtig vor den gewaltigen Aufgaben, die durch die Katastrophe des Krieges und durch die Weltkrise des Kapitalismus herausbeschworen sind. Sie finden sich nicht zurecht in den ungeheuer verwickelten Fragen der Politik und Wirtschaft, die an die geistige und organisatorische Kraft des Proletariats höhere Anforderungen stellen als je zuvor. Sie schreden zurück vor der Größe der Aufgaben, die in den Uebergangsjahren der nächsten Zeit nur in zähem, planmäßigen Kampfe verwirklicht werden können.

Es kam nach 1848 eine Periode, wo Revolutionsphantasten jeden Tag den Ausbruch einer neuen Revolution in Deutschland erwarteten und in geheimen Zirkeln im Auslande Pläne schmiedeten, wie sie die Macht ausüben würden. Ihnen sagte Marx in seiner Polemik gegen die Minorität im „Kommunistenbunde“ im September 1850:

„An die Stelle der kritischen Anschauung setzt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Treibe der Revolution. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur, um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur poli-

tischen Herrschaft zu befähigen“, sagt ihr im Gegenteil: „Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen!“

Viele sind geneigt, diese Worte von Marx in allen Punkten auf die heutige nachrevolutionäre Periode zu übertragen. Sie treffen jedoch nur zu, soweit es sich um die Abwehr jener Revolutionsromantik handelt, die sofort in Passivität und Untätigkeit umschlägt, wenn ihre Illusionen an der harten Wirklichkeit zerschellen. Auch heute sind ferner jene Worte beherzigenswert, daß das Proletariat sich selbst zu ändern hat, um sich zur politischen Herrschaft zu befähigen. Aber darüber hinaus ist es falsch, wenn jetzt die allgemeine Perspektive übernommen wird, die die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Frage der revolutionären Entwicklung einnahmen. Damals setzte, nach der Krisenperiode der 40er Jahre, ein ungeheurer wirtschaftlicher Aufschwung ein, der sich trotz periodischer Krisen und Schwankungen fortgesetzt steigerte und die Voraussetzungen für jene „organische“ Entwicklung schuf, die schließlich die Grundlage für das Umsichgreifen der reformistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung bildete. Diese Periode der organischen und verhältnismäßig friedlichen Entwicklung des Kapitalismus ist jetzt zu Ende. Der Weltkrieg, der den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsverfassung entsprang, hat ihre Grundfesten erschüttert. Wenn der Kapitalismus trotzdem seine Existenz aufrechterhält und sich anschiebt, seine Macht noch mehr zu befestigen, so verdankt er das in nicht geringem Maße der inneren Unfertigkeit und organisatorischen Zerrissenheit seines Todfeindes, des Proletariats in den entscheidenden Jahren nach Abschluß des Weltkrieges.

Doch ungeachtet dieser Tatsache bleibt es heute ebenso wahr wie im Jahre der Schöpfung des kommunistischen Manifestes, daß die soziale Revolution unvermeidlich ist, weil die Bourgeoisie auferstanden ist, die Existenz ihres Schlangens, des Proletariats, aufrechtzuerhalten, auf dessen Arbeit die ganze kapitalistische Gesellschaft aufgebaut ist. Doch Marx sich 1848 in dem Tempo der revolutionären Entwicklung geirrt haben; mochten in den nachfolgenden Jahrzehnten des großindustriellen Aufschwungs die inneren Entwicklungsmöglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsweise sich stärker erwiesen haben als die führenden sozialistischen Theoretiker es annahmen, so bleibt es dennoch wahr, daß der Weltkrieg das innere Gleichgewicht des Weltkapitalismus in einschneidendster Weise gestört und eine „kritische Periode“ des Kapitalismus gesetzt hat, an deren Ende die soziale Revolution und die Errettung der politischen Macht durch das Proletariat steht.

In dem trüben Halbdunkel der jetzigen Reaktionsperiode verschwindet oft diese Perspektive, und gar mancher ist geneigt, sich grundätzlich dem Reformismus zu verschreiben, weil die Kampfmethoden des Proletariats jetzt nur vorwiegend reformistischer Natur sein können. Doch in diesem stillschweigenden Verzicht auf den Revolutionsgedanken steckt eine nicht geringere Gefahr wie in der Putschisterei der Revolutionsphantasten. Er lähmt nicht nur die Aktionskraft des Proletariats als Klasse er beraubt es auch einer wichtigen geistigen Waffe im Kampfe gegen die von heftigen inneren Krisen geschüttelten kapitalistische Welt.

Segei hat uns an einer Stelle das schöne Bild gezeichnet: „Die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug.“ Der Vogel der Weisheit beginnt erst zu fliegen, wenn das trübe Licht der Reaktionsperiode die Menschen dazu zwingt, die Widersprüche der Umwelt zu erklären und sich neue Bahnen zum Kampf gegen die Dunkelheit zu erschließen. Reaktionsperioden sind keineswegs nur negativ zu bewerten. Sie schaffen vielmehr erst jene geistigen Voraussetzungen jene Tatkraft, jene Leidenschaft, die zu neuem Aufschwung zu neuen Revolutionen führen.

Sache der jetzt lebenden Generation muß es sein, die Aufgabenstellung aus diesem allgemeinen geschichtlichen Gesetz zu ziehen. Sorgen wir alle dafür, daß die „kritische Periode“ des Kapitalismus eine entsprechende Kritik und geistige Vereinfachung beim Proletariat auslöst. Sorgen wir dafür, daß die Fackel der Revolution nicht erlöset — auch nicht im Herzen jener, die sich heute der „praktischen Kleinarbeit“ anern, und da der künftige Aufschwung der proletarischen Bewegung ein Geschlecht findet, das den Aufgaben der grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft in größerem Maße gewachsen ist wie die jetzige Generation.

Eine Note Nollets

Noch immer Mobilmachungspläne?

Der Vorsitzende der Interalliierten Militärkommission, General Nollet, hat am 15. März der deutschen Regierung eine neue Note übermittelt. Sie lautet: Vor dem Krieg und während desselben haben die Zivilbevölkerungen eine gewisse Zahl von Urkunden geführt, die die Ausführung von Rekrutierungs- und Mobilmachungsmaßnahmen betrafen, die jetzt durch die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages verboten sind.

Es ist nun der Kontrollkommission angezeigt worden, daß nicht alle diese Urkunden vernichtet worden sind. Ein Teil davon soll sich noch in den Händen der Bürgermeister und anderer örtlicher Behörden befinden.

Die Kommission bezieht sich, um die Vernichtung der noch übrig gebliebenen Urkunde zu erlangen.

Diese Vernichtung hat in Gegenwart von Kontrolloffizieren zu geschehen, die von den beteiligten Verbindungsstellen über die in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen zu unterrichten sind.

Die Kommission bittet außerdem, ihr in möglichst kurzer Frist die Schritte mitzuteilen, die die deutsche Regierung in Ausführung des Artikels 21 des Friedensvertrages ergreifen hat oder zu ergreifen gedenkt, um den vorerwähnten Zivilbehörden diejenigen Dienstgeschäfte zu entziehen, die der Friedensvertrag verbietet.

W.B. bemerkt dazu: „Es ist möglich, daß General Nollet vielleicht die bei den Landratsämtern wohl noch befindlichen „Mobilmachungsanweisungen für Zivilverwaltungsbehörden“ bzw. „Mobilmachungsanweisungen für Gemeindevorsteher“ sowie die auf Grund derselben Zeit entstandenen Akten im Auge hat, die bisher wegen ihrer völligen Bedeutungslosigkeit unbeachtet geblieben sind. Sie betreffen nur die Pferdeaushebung und die Bestellung von Vorspann bei Einquartierungen, haben aber mit dem Mannschafserwerb und der Mobilmachung von Mannschaften nicht das geringste zu tun.“

Nachdem feststeht, daß die Reichswehr keinen Krieg mehr führen kann und darf, sollte endlich auch mit dem alten Blunder ausgeräumt werden, der bei den Zivilbehörden lagert und ehemals Mobilmachungsarbeiten diente, gleichviel, ob es sich um Pferde oder Mannschaften handelt. Daß gewisse Stellen bemüht sind, derartige Ueberbleibsel aus der Zeit kaiserlicher Großtaten sorgsam zu hüten mit dem stillen Wunsch, gegebenenfalls wieder Gebrauch von ihnen zu machen, braucht kaum betont zu werden. Deshalb ist die Regierung verpflichtet, mit diesem Krimskrams aufzuräumen. Nicht nur, weil die Entente eine solche Forderung erhebt, sondern weil es zugleich Pflicht der Republik ist, den Monarchisten jedes Werkzeug aus den Händen zu nehmen, mit dem sie doch nur Unheil anzurichten gedenken.

Im Namen der Menschlichkeit . . .

Anlässlich des bevorstehenden Prozesses gegen die russischen Sozialrevolutionäre hat Anatole France am 17. März folgendes Telegramm an die Moskauer Regierung gerichtet:

„Im Namen der Humanität und der höheren Interessen des Weltproletariats bitte ich Sie, gegen Ihre politischen Gegner keine Maßnahmen zu unternehmen, die als Racheakte bezeichnet werden könnten. Sie würden sonst der großen Sache der Befreiung des Weltproletariats einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen.“

Wir machen darauf aufmerksam, daß Anatole France Mitglied der kommunistischen Partei Frankreichs ist.

Gewerkschaftskommission und Kd-Bund Berlins haben an Herrn, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, folgendes Telegramm gerichtet:

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und das Ortsrat des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erheben Protest gegen die durch Pressenachrichten bekanntgewordene Absicht, Mitglieder der sozialrevolutionären Partei auf Grund von Denunziationen vom Obersten Tribunal aburteilen zu lassen.

Die Sowjetbehörden sollten sich bewußt sein, daß ein solcher von einer Arbeiterregierung ausgeübter Akt der Rachejustiz von der Arbeiterklasse der ganzen Welt, die nach internationaler Einigung und Versöhnung ruft, nicht verstanden würde.

Im Namen der Menschlichkeit fordern wir das Leben und die Freiheit von Männern, die schon unter dem zaristischen Regime ihre besten Kräfte für die Interessen der Arbeiter und den Sozialismus eingesetzt haben.

Sabatj.

Flatau.

Die Lichterfelder Kuppelei

Anfrage im Landtag.

In der Lichterfelder Angelegenheit hat unsere Landtagsfraktion folgende Anfrage an die Staatsregierung gerichtet:

„Nach Pressemeldungen mußten 50 Schüler der oberen Klassen der staatlichen Bildungsanstalt in Lichterfeld von der Anstalt verwiesen werden.“

Als Grund wird angegeben: Unbotmäßiges Verhalten dieser Schüler, veranlaßt durch politische Verhöhnung, gegenüber Personen anderer, d. h. nicht nationalitätlicher Gesinnung.

Die politische Unbotmäßigkeit trieb diese Schüler bis zu wüsten Beschimpfungen, Drohungen und Versuchen tätlicher Angriffe gegenüber Aufsichtspersonen.

Mit dem Staatsministerium bekannt, Inwiefern Lehrer und Verwaltungsbearbeiter sich an dieser Verhöhnung der Schüler beteiligten, sie förderten oder duldeten?

Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um an der staatlichen Bildungsanstalt in Lichterfeld einen Lehrkörper und eine Verwaltung zu schaffen, die bereit und fähig sind, die Schüler zu freudiger republikanischer Staatsgesinnung zu erziehen, den Geist der Völkerveröhnung zu pflegen und volkschädigende nationalitätliche Treibereien unmöglich zu machen?

Es ist notwendig, daß durch eine eingehende Ansprache im Parlament Licht in die durchaus nicht so eindeutige und klare Angelegenheit gebracht wird. Es muß ermittelt werden, ob die Aktion des Ministers gegen die 50 Kuppelei lediglich von dem löblischen Bestreben geleitet war, die nationalitätliche Verhöhnung in den Schulen zu unterbinden, oder ob sich die Aktion mit Hilfe einer rechtzeitig einsetzenden geschickten Wendung schließlich gegen unliebsame Lehrkräfte richten soll.

Wir haben unserem Mikstraven gegenüber der Reinheit der Motive des Ministeriums schon in der gestrigen Abendausgabe Ausdruck verliehen. Hätte Boelzig nur die Absicht, der nationalitätlichen Verhöhnung entgegenzutreten, dann hätte er dazu nämlich nicht nur in Lichterfeld, sondern an allen höheren Schulen und in einem großen Teil der Volksschulen reichlich Gelegenheit. Er wird im Landtag zu erklären haben, wie er dazu steht.

Vor allem aber wird das Parlament die Frage zu prüfen haben, wozu die Lichterfelder Anstalt überhaupt da ist, und ob es sich nicht empfehlen würde, sie aufzulösen.

Bestrafte Ehrabschneiderei

Vereinzelt finden sich nach und nach Gerichte, die ihrer eigentlichen Pflicht entsprechend, die Ehre eines Sozialisten und Republikaners ebenso hoch einschätzen, wie die der Anhänger des alten Systems. Wir sind in der seltenen Lage, ein solches Urteil verzeichnen zu können.

In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom 22. Juli 1921 veröffentlichten wir im Anschluß an den damals bekanntgewordenen Brief, den der ehemalige bayerische Kronprinz Rupprecht im Juli 1917 an den Grafen Hertling richtete, eine Notiz, in der den führenden Militärs im Weltkrieg Feigheit und Furcht vor der Verantwortung vorgeworfen wurde. Wir nahmen die Berechtigung zu diesem Vorwurf aus eben dem Briefe Rupprechts, in dem dieser schon im Juli 1917 von der Ausschichtslosigkeit des U-Boottkrieges sprach, die tödsinnigen Bombenwürfe auf London verwarf, einen schnellen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen mit Rußland wünschte und weiter zu dem Schluß kam, daß auch Verhandlungen mit dem westlichen Gegner eingeleitet werden müßten. Kurzum: Rupprecht war schon im Juli 1917 von der Ausschichtslosigkeit des Weiterkämpfens überzeugt. Aber er wandte sich nicht an die deutsche Öffentlichkeit, so wenig wie einer der anderen verantwortlichen Politiker und Militärs, die damals die Außenlosigkeit der Lage schon vollkommen übersehen. Es wurde weitergekämpft, das deutsche Volk vermehrt in Eiegeshoffnungen gewiegt. So mußte es zum Zusammenbruch kommen, der dann hinterher von denselben Leuten, die 1916 und 1917 nicht den Mut aufbrachten, öffentlich die Wahrheit zu sagen und das Schlimmste zu verhüten, als die Frucht des „Dolchstoßes von hinten“ bezeichnet wurde.

Tiefes An-den-Trangereffen der Feigheit und der Verantwortungsllosigkeit maßgebender Militärs trug uns neben dem wütenden Gelächter der nationalitätlichen Presse zahlreiche Entrüstungsbriefe nationalitätlicher Heißsporne ein. Unter anderem fühlte sich auch ein Kaufmann Albert Schulze aus Großenhain i. S. demütigt, dem damals verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“, dem Genossen Liebschütz, einen Brief mit dermaßen beleidigenden Wendungen zuschickte, daß es rasch schien, dem Herrn beizubringen, daß auch sozialistische Redakteure nicht vogelfrei sind und daß man ihm Gelegenheit geben müsse, in der kühlen Luft des Gerichtssaals zur Befassung zu kommen. In dem Briefe wimmelte es von lebenswichtigen Ausdrücken, wie „erbärmlicher Lump“, „Feigling“, „Rassenhanswurst“.

Am gestrigen Freitag fand nun vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg die Privatklage des Genossen Liebschütz gegen Schulze-Großenhain statt. Der Angeklagte hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Nach Verlesung des Briefes und nachdem Genosse Liebschütz in kurzen Worten auf den Klagegrund hingewiesen hatte, zog sich der Herr zum Gericht zurück. Nach dem Wiedererscheinen verurteilte der Vorsitzende das Urteil, das den Angeklagten der Beleidigung im Sinne der §§ 185, 186 des StGB. für schuldig erklärt und auf eine Freiheitsstrafe von einem Monat Geldstrafe erkannt. In der Begründung stellte der Vorsitzende fest, daß die Ehre des Menschen sein höchstes Gut sei; daß die Ehre des Beleidigten in einer maßlosen Weise getränkt sei. Verschärfend komme hinzu, daß der Angeklagte teilweise direkt, ihn persönlich betreffenden Anlah zu seinem Vorgehen hatte. Aus diesen Gründen mußte auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden.

Das Koalitionsrecht der Polizeibeamten

Eine Verfügung Eberlings an die Polizeibeamten-Verbände.

Minister Eberling hat an die Polizeibeamten-Verbände Preußens eine Verfügung gerichtet, in der er zunächst den während der Streittage der letzten Zeit bekundeten Dienstfeuert der Polizeibeamtenschaft lobend erwähnt. Während der Streittage habe er, schreibt Eberling, absichtlich vermieden, die grundsätzliche Frage der Beamtenpflichten bei einem Streik zu erwähnen. Er selbst, wie auch sein ganzes Ministerium, stehe jedoch seit jeher auf dem Standpunkt, daß grundsätzlich der Beamtenstand ein Streikrecht nicht zugubilligen ist. Aber auch eine Neutralität oder gar eine Sympathieäußerung zugunsten einer der streikenden Parteien in wirtschaftlichen Kämpfen stelle eine Verletzung der Beamtenpflichten dar. Diese nochmalige und endgültige Hervorhebung dieses „von der Staats- und Reichsregierung gleichmäßig vertretenen Standpunktes“ erscheint ihm jetzt notwendig. Eberling betont sodann, daß er immer bestrebt gewesen sei, die Polizeibeamtenschaft in ihren Rechten und in ihrer wirtschaftlichen Lage zu fördern. Dazu sei er in der Zukunft aber nur in der Lage, wenn die Gewähr gegeben ist, daß in der Polizei die aus dem Beamtenverhältnis sich ergebenden Pflichten, wie der Minister sie versteht, ohne jede Einschränkung anerkannt und unter allen Umständen befolgt werden. Tann fährt der Minister fort:

Hierzu bedarf es einer zweifelsfreien Festlegung dieser Grundsätze in den Satzungen aller Verbände, denen Polizeibeamte angehören. Wo dies bei einer Organisation nicht der Fall ist, oder im Gegensatz sogar Grundsätze vertreten werden, die im Widerspruch zu den Pflichten der Polizeibeamten stehen, wird bei aller Anerkennung des Vereinigungsrechts der Polizeibeamten doch zu prüfen sein, ob ein derartiger Verband als verhandlungsfähig anerkannt werden darf. Ich halte mich verpflichtet, unzweideutig hervorzuheben, daß auch die Beamtenverbände nicht als völlig freie Organisationen wirken, sondern die durch die Sonderpflichten ihrer Mitglieder und das Treuverhältnis zum Staate gegebenen Grenzen unbedingt einhalten.

Demgemäß ersehe ich ergebenst um eine bestimmte und unzweideutige Aeußerung binnen Monatsfrist darüber.

- a) ob sie meinen Ausführungen über die Pflichten der Polizeibeamten beizutreten,
- b) ob sich eine entsprechende Bestimmung in Ihren Satzungen befindet,
- c) ob Sie im Falle der Verneinung der Frage zu b zur Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in Ihre Satzungen bereit sind.

Hinsichtlich des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands, zu dem ich ressortmäßig keine unmittelbare Beziehung habe, dessen Satzungen jedoch m. W. für die ihm angeschlossenen preußischen Verbände maßgebend sind, bemerke ich zur grundsätzlichen Klarstellung, daß die von ihm während des Streiks herausgegebene „Weisung“ den von mir vertretenen Grundsätzen nicht gerecht wird. Dies ergibt sich sowohl aus dem verschiedener Auslegung zugänglichen Wortlaut, wie auch aus den eigenen Mitteilungen des RdV. vom 15. Februar 1922 Nr. 2, denen zufolge die erwähnte „Weisung“ auf den vom Reichsverband für den Fall eines Beamtenstreiks gezeichneten „Nichtlinien“ beruht. Diese erklären nämlich mit Bezug auf einen Beamtenstreik, „daß die Polizei bei allen wirtschaftlichen Kämpfen strengste Neutralität zu wahren hat“. Gerade diese Bemerkungen sind durchaus geeignet, die Beamtenpflicht zu verwirren und irreführend. Demgegenüber verweise ich nur auf meine vorstehenden Ausführungen mit dem Bemerkten, daß ich mir für den Fall einer Beibehaltung der „Nichtlinien“ weitere Maßnahmen vorbehalte.

Was die Wirksamkeit der Verbände im allgemeinen, besonders aber in Zeiten politischer Spannung betrifft, so muß ich darauf halten, daß die Verbände sich jeder Einwirkung auf die dienstliche Tätigkeit der Polizeibehörden und -beamten zu enthalten haben. Alle Anordnungen über Einsatz und Wirken der Polizei wie über Pflichten und Verhalten ihrer Beamten ist ausschließlich meine Sache, wie Aufgabe der Polizeibehörden und Dienststellen. Weisungen oder Verhaltensmaßregeln von anderer Seite sind eine Annahme, auf die ich, falls sie von Verbänden ausgehen sollten, mit der Ablehnung jedes weiteren Verhandels und Zusammenarbeitens erwidern müßte.

So der Minister. Er verlangt also von den Polizeibeamten-Verbänden nichts Geringeres, als daß sie ihre Statuten der Auffassung der Regierung gemäß abändern, das heißt, den Anspruch auf volle Koalitionsfreiheit aus ihren Satzungen löschen. Er fügt unter Bezugnahme auf den Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands hinzu, was geschehen wird, wenn die organisierte Beamtenschaft sich diesem Diktum nicht fügt. Tann lehnt der Minister jedes weitere Verhandeln mit ihnen ab.

Wir geben zu, daß sich der Polizeiminister bei der Lösung der Frage nach dem Umfang des Koalitionsrechts seiner Beamten in einer besonders schwierigen Lage befindet. Die für ihn in Frage kommende Kategorie von Beamten ist in militärischen Verbänden organisiert, und diese müssen, wenn sie in der von der Regierung gewünschten Art als Hüter der Staatsautorität wirksam werden sollen, einer militärischen Disziplin unterworfen sein. Die deutschen Polizeibeamten sind Soldaten mit Beamtencharakter. Die militärische Disziplin aber ist mit der Koalitionsfreiheit der Beamten unvereinbar.

Aber diese Zwitterstellung der Polizeibeamten sollte das Ministerium erst recht berücksichtigen, an die Erzielung der Beamtenfragen mit äußerster Vorsicht heranzutreten. Was Minister Eberling herausgibt, ist auch nur eine der üblichen Verfügungen, die einseitig den Gedanken der Staatsautorität betreten und die Beamtenschaft nur als Waffe dieser Staatsautorität betrachten, auch als Waffe gegen streikende Arbeiter, wenn die Interessen der Staatsautorität es wünschenswert erscheinen lassen. Auch Eberling verneint, daß die moderne Beamtenschaft eine soziale Schicht darstellt, deren Lage sie immer mehr an die Seite der industriellen Arbeiterklasse drängt. Er verneint, daß die Staatsregierung und die Gesetzgebung in der Verhandlung der Beamtenfrage darum nicht einseitig ausgehen dürfen vom Gedanken der Staatsautorität, sondern gleichzeitig die sozialen Bedingungen des Berufsbeamtentums zu beachten haben.

Wenn Eberling also der Meinung ist, daß sich die völlig freie Ausübung des Koalitionsrechts mit der Erfüllung der Beamtenpflichten nicht vereinbaren läßt, dann muß er die Beamtenschaft einen anderen Weg zeigen, auf dem sie ihre wirtschaftliche Interessenvertretung mit sicherem Ergebnis verfolgen kann. Wir heien wiederholt darauf hingewiesen, daß unter Beachtung an das moderne Arbeitsrecht besondere Vertretungsformen für die Beamtenschaft geschaffen werden müssen, die, im Verein mit besonderen Schlichtungsorganen, die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Beamten sicherstellen und zugleich als Streitverhütungsmittel wirken, sofern die Verbände eine Streitverhütung überhaupt anstreben. Die Koalitionsfreiheit, die den Polizeibeamten gewährt ist, macht derartige Maßnahmen hier vor allem notwendig, und es wäre unserer Pflicht, die bestehende Meinung nach dieser Richtung hin gerade für Eberling, als einem solchen Versuch voranzutreiben. Um hier zum Ziele zu gelangen, ist allerdings ein enger und freundschaftliches Zusammenarbeiten des Ministeriums mit den Beamten notwendig, das aber durch den Minister schon unmöglich gemacht wird, wenn er die Beamtenverbände, die sich seiner Verfügung nicht willig unterwerfen wollen, mit „weiteren Maßnahmen“ bedrückt.

Keine Nachrichten

Der „Echo“ berichtet, wie bereits bemerkt, sollte am Sonnabend vor dem Schlußbericht des Landrats die Verabschiedung gegen die früheren Offiziere des Freikorps Eberling, Minister von Oerzen und Leutnant Eckhalla stattfinden, die wegen der Entziehung des Amtenverlustes Wahmann und des Reuters Arabomles aus der Hofmarkstraße während der Unruhen im März 1919 des Hofmarschalls von der Hofmark in diesem Verbrechen angeklagt waren. Für den Termin waren solche weitere Zeiten, darunter an der Kommandeur des Freikorps, Major von Pöhl, und einige andere Offiziere geladen. In letzter Stunde mußte der Termin, wegen Erkrankung eines der nicht geladenen Herren auf einen früheren Termin vertagt werden.

Vom Schlachteld der Arbeit. Aus Reichum wird berichtet, daß die Arbeiterbewegung in England, bei der Wahl in Cambridge für den unabhängigen Kandidat Sir Douglas Newton mit 10807 Stimmen über den Arbeiterkandidaten, der 6054 und über den unabhängigen Liberalen, der 5423 Stimmen erhielt. Bei der letzten Wahl im Jahre 1918 hatte der Koalitionsunionist 11553 und der Arbeiterkandidat 3793 Stimmen erhalten.

Die Märzgefallenen

Ich öffne ein kleines Bitter.

Die Märzgefallenen.

Ueber den Weg, durch welches Laub, hüpfen Schwarzdrosseln, um verwitternde Kreuze im Sonnenlicht spielen glühende Fäden.

In einer Ecke, — der Esu blinkt, ich büchte mich — auf einem Stein liegen Rosen.

Dünne Ranken, graues Moos und Tautropfen.

Die alten Buchstaben sind kaum mehr zu lesen.

Mit Mühe entzifferte ich:

„Ein... un... be... kann... ier... Mann.“

Arno Holz.

Bedrohte Gemeindeschulen

Die Elternschaft der 218. Gemeindeschule am Petersburger Platz fühlt sich nach wie vor stark beunruhigt durch die von der Schuldeputation angelegte geplante Auflösung der Schule.

Die Elternversammlung der 218. Gemeindeschule lehnt grundsätzlich die Maßnahmen der Schuldeputation zur Auflösung der 218. Gemeindeschule ab. Die Versammlung ist der Meinung, daß es keine Gründe gibt, die eine Auflösung von Schulen rechtfertigen können.

Auch die Lehrerschaft übt an den beabsichtigten Maßnahmen der Schuldeputation abfällige Kritik. Die U.S.P.-Praktiker der Freien Lehrergewerkschaft spricht in einer an uns gerichteten Zuschrift ihre Empörung darüber aus, daß in dieser Weise am Bestand der Gemeindeschulen gerüttelt wird.

Zu den vorstehenden Ausführungen möchten wir bemerken, daß nach den Erkundigungen, die wir eingezogen haben, die Durchführung der von den Eltern und Lehrern beschriebenen Maßnahmen noch keineswegs feststeht.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Einzig autorisierte deutsche Ausgabe von August Schall, Übersetzer, 1918, Leipzig, Verlag von Ullstein & Co., Berlin (N. Fortsetzung)

„Ein Zeichner ist's? Na, dem wollen wir mal was hinzulegen!“ versetzte ein magerer, langer Mensch, dem Gerüche nach ein Kürschner, mit giftigem Spott.

„Na, nun heul' mal los!“ rief er, sich zu mir vorbeugend.

„Drei Kopeken gegen das letzte Paar rechts!“ lautete meine Antwort.

„Auch die will ich mir noch holen,“ sagte der Kürschner, diesmal jedoch verlor er.

Nur dreimal hintereinander darf jeder Spieler sehen, dann muß er, wenn er weiterspielen will, selbst schlagen, während die andern sehen.

Ich gewann noch vier Kopeken und einen ganzen Haufen Knöchel hinzu. Als dann aber die Reihe des Sehens wieder an mich kam, und ich dreimal gesetzt hatte, war all mein Geld verloren.

„Hast die Nase voll, was?“ höhnte der Kürschner. Er wollte mich bei den Haaren nehmen, doch ich entwand mich ihm und lief fort.

„Sind Sie zum Abendmahl gewesen?“

„Ja — warum?“ fragte er seinerseits und sah mich mißtrauisch an.

„Ich hab ihn, mir zu sagen, was der Priester beim Austeilen des Abendmahls tue und spreche, und wie derjenige, der das Abendmahl empfängt, sich dabei zu verhalten habe.“

Elternschaft und die Lehrer sind sich hierüber auch vollkommen klar. Was sie verlangen, und mit vollem Recht verlangen, ist die Sicherstellung beider Schularten. Es geht natürlich nicht an, die eine gegen die andere auszuspielen.

Die glücklichste Lösung würde darin bestehen, die betreffenden Schulen ihrem ursprünglichen Zweck zurückzugeben.

Öffentliche Volksversammlung

für Männer und Frauen

am Dienstag, den 21. März, abends 7 Uhr

in den

Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Tagesordnung:

Der Reichsgesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Julius Moses.

Diskussion.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

Lehrer auf der einen Seite und die Behörden auf der anderen Seite, herbeizuführen. Es wird Sache der in kommunalen Ämtern tätigen Genossen und Genossinnen sein, die hierfür erforderliche Verbindung herzustellen.

Ein Arbeitsgebiet für den Staatsanwalt

Molkereibesitzer sabotieren die Milchversorgung für Säuglinge.

Seit geraumer Zeit wird Beschwerde darüber geführt, daß die Berliner Molkereibesitzer alle Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Säuglinge mit frischer Milch systematisch sabotieren.

herrscht, muß es damit nicht schlimm aussehen. Die Molkereibesitzer sind bekanntlich verpflichtet, einen bestimmten Teil ihrer Milchproduktion den Inhabern von Milchkarten zu dem Preise von vier Mark für ein Liter abzugeben.

Die Molkereibesitzer machen Rechnungen über angebliche große Verluste bei ihren Betrieben auf. Aber wie wenig glaubwürdig diese sind, ergibt sich daraus, daß sie bestreiten noch Vermögen zu besitzen.

Mit aller Entschiedenheit muß sofort eingegriffen werden, jede Sabotage unterbunden und alle Versuche, die Milchlieferung für Säuglinge und Kranke zu ermäßigten Preisen zu beschränken, aufs schärfste entgegengetreten werden.

Bestechung

Mit Rücksicht auf die Weisung des Ministers Dr. Hertel ist ein Urteil der 7. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin von Bedeutung darüber, wann im geschäftlichen Verkehr eine strafbare Handlung vorliegt.

Eine Anfrage über Dr. Kawerau

Einige weibliche Abgeordnete des Preussischen Landtags haben die Frage gestellt, welche Maßnahmen das Kultusministerium getroffen habe, um den Studienrat Dr. Kawerau zu verhindern.

Kawerau hat erklärt, er halte grundsätzlich eine Besprechung jeglicher Fragen vor der Klasse für pädagogisch unzumutbar.

Ich lief nach Hause, fest überzeugt, daß man mich ganz genau austropfen und bald dahinterkommen würde, daß ich nicht zum Abendmahl gegangen war.

Es ging jedoch alles glimpflich ab, man beglückwünschte mich, und nur die Alte fragte:

„Was hast du denn dem Küster für das warme Wasser gegeben?“

„Zwei Kopeken,“ antwortete ich aufs Geratewohl.

„Drei hätten's auch getan, Dummkopf — hättest zwei für dich behalten können!...“

Der Frühling ist da. Jeder neue Tag trägt ein neues Kleid, und eins ist immer bunter und leblicher als das andere.

Es duftet so berauschend nach jungem Gras und frischem Birhengrün, und es zieht und lockt so unwiderstehlich ins Feld hinaus, wo man, mit dem Rücken auf der durchwärmten Erde liegend, der Lerche lauschen kann.

Ich aber muß die Winterkleider ausklopfen und in die Spindeln einräumen helfen, muß Tabak schneiden, die Möbel austauben und vom Morgen bis zum Abend hundertlei andere unangenehme und für mich zwecklose Dinge treiben.

In wenigen Ruhestunden weiß ich wirklich nicht, was ich anfangen soll. In unserer ärmlichen Straße ist es trübselig leer, und weiter hinaus darf ich nicht gehen.

Auf dem Hofe tummeln sich die brummigen, abgearbeiteten Wallgräber und die zerzausten Köchinnen und Waschmädchen, Abend für Abend gibt es „Hundeheule!“

Das alles ist mir so zumider, daß ich blind zu sein wünschte, um es nicht zu sehen.

Ich steige auf den Boden hinauf, eine Schere und buntes Papier in der Hand, verarbeite dieses zu allerhand krausen Spigen und schmüde damit die Dachsparren aus — es vertreibt mir wenigstens die Langeweile.

Ich hab ihn, mir zu sagen, was der Priester beim Austeilen des Abendmahls tue und spreche, und wie derjenige, der das Abendmahl empfängt, sich dabei zu verhalten habe.

Der Bekragte sah mich voll Entrüstung an und brüllte auf mich los:

„Verdammtster Keher — das Abendmahl hast du geschwänzt? Nein, nun sag' ich dir gerade nichts, mag dir dein Vater nur das Zell vergerben!“

„Öffne den Salon! Sie bringen die Dranskerin!“

Schmutzig, wie ich war, die Hände voll Teig und Ziegelmehl, stürzte ich davon, um die Tür zu öffnen.

Ein junger Mönch mit einer Laterne in der einen und dem Weihrauchfass in der anderen Hand knurrte mich leise an:

„Na, schlafst ihr hier? So hilf doch...“

Zwei brave Bürger schleppten den schweren Heiligenstein die enge Treppe hinauf. Ich sahte mit meinen schmutzigen Händen zu, um ihnen zu helfen, und stemmte die Schulter gegen den Heiligenstein.

„Heilige Gottesgebärrerin, bitte bei Gott für u—u—uns!“

Ein beängstigender Gedanke durchzuckte mich: Sie wird mir jürnen, weil ich sie so mit den schmutzigen Händen trage... meine Hände werden verdorren!

„Heilige Gottesgebärrerin, erbarme dich u—unser!“

„Heilige Gottesgebärrerin, erbarme dich u—unser!“

(Fortsetzung folgt.)

